

## Medienkonferenz der Wirtschaft 21. Februar 2012, Bern

### Nein zur Initiative «Sechs Wochen Ferien für alle»

#### *Kein Zusammenhang zwischen Arbeitsstress und Feriendauer*

**Blaise Matthey, Generaldirektor  
Fédération des Entreprises Romandes Genève**

In ihrer Kampagne für die Initiative «Sechs Wochen Ferien für alle» führt die Gewerkschaft Travail.Suisse den Stress als Argument ins Feld. Dass Stress in der Arbeitswelt ein Problem ist, steht ausser Frage. Die Initiative bietet den Arbeitnehmenden aber keine Lösung. Kein Experte würde es wagen, das Gegenteil zu behaupten.

Auf den Westschweizer Plakaten von Travail.Suisse wird behauptet, die sechs Ferienwochen seien «das beste Programm gegen Stress». Die Aussage klingt zwar überzeugend, hält aber einer genaueren Prüfung der Fakten und Zahlen nicht stand.

Vor Kurzem hat das SECO in einer Studie festgestellt, dass der Arbeitsstress zunimmt. 34 Prozent der Befragten geben an, sich häufig oder sehr häufig gestresst zu fühlen. Im Umkehrschluss bedeutet das aber auch, dass das Gros der Arbeitnehmenden nie oder sehr selten Stress erleben. Mit anderen Worten: Die Initianten wollen allen Arbeitnehmenden die eventuellen Vorteile von sechs Ferienwochen gewähren, obwohl beinahe 79 Prozent der betroffenen Personen gar keine Massnahmen zur Stressbekämpfung benötigen.

Zum Vergleich: In einer aktuellen Studie bezeichnen 41 Prozent der französischen Beschäftigten den Stress als Problem. In Frankreich werden ähnliche Stressursachen genannt wie in der Schweiz – trotz einer Wochenarbeitszeit von 35 Stunden und fünf Ferienwochen (plus insgesamt zehn Feiertage).

In Finnland kommt eine Studie zum Fazit, dass bis zu 50 Prozent der Arbeitnehmenden in unterschiedlichem Ausmass mit einem Burnout zu kämpfen haben. Eine Erhebung der Firma Mercer aus dem Jahr 2009 zeigt jedoch, dass Finnland ausgerechnet zu den Ländern mit den höchsten Ferienansprüchen gehört, nämlich 40 Tage pro Jahr!

Das Problem Stress existiert. Es reduziert sich aber nicht auf die Frage über mehr Ferienwochen.

Die vom SECO durchgeführten Studien zum Thema Stress sagen zudem nichts über die Feriendauer der Befragten aus. Rein intuitiv würde man davon ausgehen, dass Beschäftigte mit vier Wochen Ferien sich gestresst fühlen müssten, Beschäftigte mit fünf Wochen Ferien hingegen weniger oder gar nicht. In der Schweiz beträgt die Feriendauer aber oft mehr als vier Wochen. Es gibt also logischer-

weise auch Arbeitnehmende, die sich sehr gestresst fühlen, obwohl sie schon mehr als vier Wochen Ferien geniessen.

Stress hängt also nicht mit der Feriendauer zusammen, sondern wird durch mehrere ökonomische und soziale Faktoren verursacht, unter anderem den Druck, in der globalisierten Welt wirtschaftlich wettbewerbsfähig zu bleiben. Stress kann auch auf Prozesse in der firmeninternen Organisation zurückgehen: zu knappe Fristen, häufige Arbeitsunterbrechungen, mangelhafte Planung, unklare Weisungen usw. Schliesslich führen betriebliche oder arbeitsbezogene Umstellungen oder Veränderungen im Privatleben der Beschäftigten häufig zu Stress. Laut den Spezialisten der WHO kann man angesichts dieser breiten Palette über die Ursachen für ein Burnout und Stress nur spekulieren.

Die Ferieninitiative hilft nicht gegen Arbeitsstress, im Gegenteil: Mit einer Zunahme der Abwesenheiten würde der Stress noch verschlimmert. Denn das gleiche Arbeitspensum müsste in kürzerer Zeit bewältigt werden. Kleinere Betriebe könnten sich wahrscheinlich keine Stellvertreter leisten. Damit würde die Arbeitsbelastung der übrigen Beschäftigten während des restlichen Jahres steigen.

Nach Schätzungen des SECO verursachen die Auswirkungen von Stress in der Schweiz Kosten von jährlich insgesamt 10 Milliarden Franken. Daran ändert die Initiative nichts. Hinzu käme allerdings der Preis von sechs Ferienwochen, nämlich über 6 Milliarden Franken.

Unter dem Strich ergibt die Ferieninitiative eher ein Problem als eine Lösung. Unsere Wirtschaft muss sich weiter anstrengen, um den Arbeitsstress zu bekämpfen. Das ist nicht nur ein Muss, um produktiv zu bleiben, sondern auch eine gesetzliche Pflicht. Allerdings ist die Effizienz grösser, wenn die Unternehmen nicht mit Zusatzkosten und Mehraufwand belastet werden, die die betriebliche Organisation behindern.

### **Das schweizerische Modell muss bewahrt werden**

Der Aspekt des Stresses verdient Aufmerksamkeit. Abgesehen davon steht die Initiative im Widerspruch zu unserer – von vielen Arbeitnehmenden geteilten – allgemeinen Sicht des schweizerischen Wirtschaftsmodells.

Unser Land hat diesbezüglich Grund zum Stolz. Der Wohlstand ist das Ergebnis ausdauernder Arbeit. Wir setzen auf Produktivität, auf individuelles und kollektives Engagement, auf Mässigung bei der Lohnpolitik, angemessene Ferienansprüche, eine Wochenarbeitszeit von 42 Stunden im gesamtschweizerischen Durchschnitt und geringe Arbeitslosigkeitsrisiken. Soziale Fortschritte ergeben sich nie aus einseitigen Beschlüssen, sondern aus dem Weg, den Arbeitgebende und Arbeitnehmende mit der umsichtigen Hilfe der Politik gemeinsam zurücklegen.

Ein Land wie Frankreich, das entgegen aller ökonomischen Analysen die 35-Stunden-Woche durchgesetzt hat, ist ein Paradebeispiel für die negativen Beschäftigungsfolgen solcher Projekte.

Nicht alle Betriebe können die Zunahme der Arbeitskosten verkraften, die eine Verringerung der Arbeitszeit mit sich bringen würde. Es wäre bedauerlich, wenn die Initiative zu einem dauerhaften Lohnstopp führen und das Verhältnis zwischen den Sozialpartnern belasten würde.

In Kürze: Viele Betriebe leiden bereits unter dem starken Schweizer Franken. Die chaotische Situation im Euroraum macht eine Abkühlung der Konjunktur wahrscheinlich. Wir dürfen uns das Leben nicht noch schwerer machen und sagen deshalb NEIN zur Ferieninitiative.